

Postulatsbericht vom 15. Dezember 2023 «Föderalismus im Krisentest: Die Lehren aus der Covid-19-Krise ziehen». Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 P 21.3205 Rolle des Bundesstabs für Bevölkerungsschutz im Rahmen der Covid-19-Pandemie (FDP-Liberale Fraktion)

Eingereichter Text: *Der Bundesrat wird aufgefordert, seine Beurteilung zum Erfolg der gewählten Krisenorganisation bei der Bewältigung der Corona Pandemie darzulegen. Insbesondere sollte die Rolle des Bundesstabs für Bevölkerungsschutz (BSTB) beleuchtet werden. Konnte der BSTB seine ihm zugewiesenen Aufgaben wirkungsvoll wahrnehmen, verfügte er über die notwendigen Kompetenzen und welche Massnahmen müssen im Hinblick auf eine neue Krise zwingend getroffen werden, damit der BSTB zielgerichteter eingesetzt werden kann, einerseits zum Schutz der Bevölkerung und andererseits zur Unterstützung der anderen Bundesämter.*

2021 P 21.3449 Strategisches Krisenmanagement
(Sicherheitspolitische Kommission SR)

Eingereichter Text: *Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen und Bericht zu erstatten, wie das strategische Krisenmanagement der Schweiz zur Bewältigung von nationalen Krisenlagen gestärkt werden kann und wie die Führungskräfte dafür systematisch ausgebildet und beübt werden können.*

Insbesondere sind folgende Fragen zu beantworten:

1. *Welche strategische und operative Krisenführungsorganisation Stufe Bund ist bei den verschiedenen Krisenarten (Stromausfall, Terroranschläge, Pandemie, usw.) sinnvoll, um den Bundesrat in seinen Entscheidungen zeit- und laugerecht zu beraten?*
2. *Wie erfolgt dabei die Koordination mit dem Sicherheitsverbund Schweiz, um dessen Einbezug in die Entscheidungsfindung sicherzustellen und die Umsetzung der Entscheide Stufe Bund und Kantone zu koordinieren und zu unterstützen?*
3. *Welche Übungen und/oder Ausbildungsmodule unter Einbezug der Höheren Kaderausbildung der Armee und des Bundesamts für Bevölkerungsschutz sind notwendig, um die Führungsfähigkeit dieser Stäbe im Krisenfall sicherzustellen?*

2022 P 22.3343 Endlich die institutionelle Krisenresistenz des Bundesrates sicherstellen (Grünliberale Fraktion)

Eingereichter Text: *Der Bundesrat legt in einem Bericht dar, mit welchen Massnahmen er sicherstellt, dass er auf Krisen besser vorbereitet ist und grössere Umwälzungen rasch und effektiv bewältigen kann. Er soll hierfür aufzeigen, wie er für Entwicklungen, die zu einer Krise führen können, die Faktenlage, Analysen, Szenarien, Massnahmen und deren Umsetzung erarbeitet und dem Gesamtgremium als Entscheidungsgrundlage zur Verfügung stellt. Dabei soll insbesondere dem Aspekt des Kri-*

seneinstiegs besondere Beachtung geschenkt werden. Zudem soll der Bundesrat darlegen, welches Departement die politische Verantwortung für die Krisenantizipation trägt, wie die Federführung für die Gesamtkrisenorganisation beim Eintritt einer Krise rasch festgelegt wird und welche institutionellen Anpassungen hierfür allenfalls notwendig sind.

Postulatsbericht vom 29. März 2023 «Verbesserte Krisenorganisation der Bundesverwaltung».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2021 P 21.3296 Menschen mit einer geistigen Behinderung sollen umfassend am politischen und öffentlichen Leben teilhaben können
(Marina Carobbio Guscetti)

Eingereichter Text: *Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht vorzulegen, der die Massnahmen aufzeigt, die es braucht, damit Menschen mit einer geistigen Behinderung uneingeschränkt am politischen und öffentlichen Leben teilhaben können gemäss dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung, was auch das Recht und die Möglichkeit einschliesst, zu wählen und gewählt zu werden.*

Postulatsbericht vom 25. Oktober 2023 «Politische Teilhabe von Schweizerinnen und Schweizern mit einer geistigen Behinderung».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen des Postulats als erfüllt und beantragt dessen Abschreibung.

2022 M 21.4377 Die Schweiz voranbringen. Digitale Leuchtturmprojekte mit öffentlichem Interesse anschieben (Benedikt Würth)

Eingereichter Text: *Der Bundesrat wird ersucht, die Rechtsgrundlage zu schaffen zur Unterstützung digitaler Leuchtturm-Projekte mit relevantem öffentlichen Interesse. Dabei soll es um Anschubfinanzierungen gehen. Der Anwendungsbereich bezieht sich auf private Projekte wie auch auf privat-öffentliche Partnerschaften, welche einem öffentlichen Interesse dienen und den Standort Schweiz stärken.*

Dem Anliegen der Motion wurde mit dem Bundesgesetz über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben (EMBAG; SR 172.019) entsprochen, welches am 1. Januar 2024 in Kraft treten wird (vgl. gleichlautende Motion 21.4490). Mit Artikel 17 EMBAG besteht nun eine rechtliche Grundlage für die Finanzierung von Leuchtturmprojekten.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.